



## Presseschau vom 01.09.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### de.rt.com: **Libanon: Schlangen vor Tankstellen und Unruhen in Städten – Iran schickt ersten Öltanker**

Der Libanon befindet sich wirtschaftlich in einer dramatischen Lage. Angesichts der Treibstoffknappheit kommt es zu chaotischen Szenen im Land. Iran schickte den ersten Öltanker nach Libanon, um das Land mit Treibstoff zu versorgen. Nun droht die Blockade der Öllieferungen durch die USA und deren Verbündete in der Region. ...

<https://kurz.rt.com/2n6l>

#### de.rt.com: **"Wird die Welt sicherer machen": WHO eröffnet Frühwarnzentrum in Berlin**

Die Corona-Krise findet kein Ende. Angesichts der Sorge vor zukünftigen und womöglich weit verheerenderen Pandemien findet am Mittwoch die Eröffnung eines neuen Pandemiefrühwarnzentrums der WHO statt. Mittels Künstlicher Intelligenz sollen dort u. a. frühzeitig "handlungsorientierte Erkenntnisse" erhoben werden. ...

<https://kurz.rt.com/2n89>

#### *Tilo Gräser*: **"Nie wieder Krieg!" – Warum der 1. September als "Weltfriedenstag" wichtig bleibt**

Einige Gedanken zum 1. September, dem einstigen "Weltfriedenstag", der heute "Antikriegstag" heißt und an den angesichts der gegenwärtigen Kriege zu wenig erinnert wird.

Der Umgang gerade mit diesem Datum sagt viel aus – über die Politik wie die Gesellschaft in Deutschland. ...

<https://kurz.rt.com/2n8c>

**Seyed Alireza Mousavi: Maas bei Afghanistans Nachbarn: Deutsche Außenpolitik angesichts geopolitischer Machtverschiebungen**

Nach dem Abzug der US-Truppen aus Afghanistan bahnen sich Machtverschiebungen mit langfristigen Konsequenzen in der Region an. Während sich Emmanuel Macron in Bagdad als neuer westlicher Hauptakteur in der Region ausgab, kämpft Heiko Maas in den Nachbarländern Afghanistans um seinen Ruf und die Aufnahme sogenannter Ortskräfte. ...

<https://kurz.rt.com/2n8a>

**abends/nachts:**

**de.rt.com: Keine Sputnik-V-Lieferungen an Slowakei mehr – RDIF beklagt negative Kampagne gegen Impfstoff**

Seit heute wird der Corona-Impfstoff Sputnik V in der Slowakei nicht mehr verabreicht. Weitere Lieferungen des russischen Vakzins an das EU-Land sind nicht geplant. Der Russische Fonds für Direktinvestitionen (RDIF) sieht dahinter eine negative Infokampagne. Der 31. August ist der letzte Tag, an dem die Slowaken ihre zweite Spritze mit dem russischen Präparat Sputnik V gegen das Coronavirus erhalten können. Am Vortag hat die Pressesprecherin des slowakischen Gesundheitsministeriums Zuzana Eliášová dem Fernsehsender TA3 mitgeteilt, es gebe sechs Bürger, die bis Dienstag ihre Zweitimpfung mit dem russischen Vakzin erhalten sollten.

Der für die internationale Vermarktung von Sputnik V zuständige Russische Fonds für Direktinvestitionen (RDIF) teilte seinerseits mit, die Slowakei habe alle Dosen des Anfang 2021 gelieferten Präparats aufgebraucht. Weitere Lieferungen seien laut Vertrag nicht geplant. Zugleich hieß es seitens des RDIF, dass in der Slowakei eine Informationskampagne gegen den russischen Impfstoff organisiert worden sei. Diese sei Teil eines politischen Kampfes zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der Regierung in Bratislava gewesen. Dabei hob die russische Seite die im Rahmen mehrerer klinischer Studien bestätigte Sicherheit und Wirksamkeit des Medikaments hervor:

"Die Qualität der in die Slowakei gelieferten Charge wurde zusätzlich in einem durch die EU zertifizierten Labor in Ungarn belegt."

Nach Angaben des slowakischen Gesundheitsministerium wurden mehr als 18.500 Bürger mit Sputnik V gegen das Coronavirus immunisiert, seitdem der Einsatz des russischen Vakzins am 7. Juni in dem EU-Land offiziell begonnen hatte. Zuvor hatte der Kauf von 200.000 Dosen des innerhalb der EU nicht genehmigten Impfstoffs eine politische Krise in der Slowakei ausgelöst. Präsidentin Zuzana Čaputová sprach sich öffentlich gegen den Einsatz von Sputnik V aus. Der damalige Ministerpräsident Igor Matovič verteidigte die Entscheidung seiner Regierung, musste aber Ende März zurücktreten. Anfang Juli teilte das slowakische Gesundheitsministerium mit, dass Russland 160.000 der gelieferten Dosen zurückgekauft habe. Somit kamen im Land lediglich rund 40.000 Sputnik-V-Dosen zum Einsatz.

Derzeit ist Sputnik V in 70 Ländern der Welt mit einer Gesamtbevölkerung von rund vier Milliarden Menschen zugelassen. Nach Angaben der Hersteller beträgt die Wirksamkeit des Vakzins gegen den COVID-19-Erreger 97,6 Prozent.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/612e1130b480cc2279165879.JPG>

### snanews.de: **Zustrom illegaler Migranten: Polen will Ausnahmezustand an Grenze zu Weißrussland**

Polen will laut dem Ministerpräsidenten des Landes, Mateusz Morawiecki, den Ausnahmezustand in der Grenzregion zu Weißrussland verhängen. Einen entsprechenden Antrag hat die Regierung ihm zufolge bereits verabschiedet und Präsident Andrzej Duda vorgelegt.

„Der Ministerrat hat heute beschlossen, an den Präsidenten zu appellieren, um an der Grenzzone – das heißt auf einem Teil der Woiwodschaft Podlachien und einem Teil der Woiwodschaft Lubelskie – den Ausnahmezustand für 30 Tage einzuführen“, sagte Morawiecki am Dienstag in Warschau.

Der Grund dafür seien viele illegal über Weißrussland in Polen einreisende Migranten. Morawiecki zufolge wird in dieser Zone „eine bestimmte Liste von Aktivitäten ausgeschlossen, dank derer wir die Qualität des Schutzes unserer Grenze gewährleisten und aggressive Aktivitäten und Provokationen des Regimes von Herrn Lukaschenko unterdrücken können“.

Polens Präsident Andrzej Duda kündigte an, er werde den Beschluss der Regierung gründlich prüfen und seine Entscheidung bald bekannt geben.

Der polnische Innenminister, Mariusz Kaminski, erklärte seinerseits, der Ausnahmezustand werde für 30 Tage an einem „engen Streifen“ entlang der Grenze gelten und 183 Ortschaften betreffen. Die bürgerlichen Rechte würden dort für diese Zeit „minimal eingeschränkt“. Gleichzeitig betonte er jedoch, dass „weder Demonstrationen noch andere Aktionen“ erlaubt würden.

Nach Angaben von Kaminski haben allein im August mehr als 3000 Migranten versucht, illegal über die polnisch-weißrussische Grenze zu gelangen. Polen hatte bereits in der vergangenen Woche begonnen, an der 418 Kilometer langen Grenze zu Weißrussland einen 2,5 Meter hohen Zaun zu bauen.

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hatte Ende Mai angekündigt, dass Minsk Migranten nicht mehr an der Weiterreise in die EU hindern werde – als Reaktion auf verschärfte westliche Sanktionen. Seitdem verlassen Migranten aus dem Nahen Osten Weißrussland in Richtung Litauen, zuletzt nahm auch der Druck auf Polen zu.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/17/3335702\\_0:344:2715:1871\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_613160c8dc56e2d254178962a5aa99fd.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/17/3335702_0:344:2715:1871_1920x0_80_0_0_613160c8dc56e2d254178962a5aa99fd.jpg)

### de.rt.com: **"Die Ära der Interventionen ist vorbei" – Biden zieht eine Bilanz des Afghanistan-Krieges**

US-Präsident Joe Biden hat den Krieg in Afghanistan für beendet erklärt. Der US-Truppenabzug habe auch das Ende einer Ära der Umgestaltung von Staaten durch Militärinterventionen besiegelt. Die USA müssten sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen.

"Gestern Abend beendeten die USA in Kabul 20 Jahre Krieg in Afghanistan, den längsten Krieg in der amerikanischen Geschichte", sagte Biden am Dienstag in seiner Ansprache an die Nation. Die letzten US-Soldaten hatten Kabul in der Nacht zu Dienstag verlassen. Damit endete auch die militärische Evakuierungsmission.

Die chaotische Evakuierung aus Kabul, die mehr als zwei Wochen – seit der Machtübernahme durch die Taliban – andauerte, bezeichnete Biden als einen "außergewöhnlichen Erfolg", wie ihn "keine Nation in der Geschichte je gemeistert hätte".

Er habe den Krieg nicht ewig verlängern wollen, betonte Biden, und er habe auch den Abzug nicht ewig verlängern wollen:

"Es war an der Zeit, diesen Krieg zu beenden."

Der US-Präsident wies erneut die Kritik zurück, der Abzug hätte geordneter abgewickelt werden können. Biden wertete die "Herausforderungen", mit denen man bei dem Abzug konfrontiert war, als unvermeidbar.

Die Schuld an den chaotischen Zuständen schob Biden seinem Amtsvorgänger Donald Trump und der afghanischen Regierung zu, die vor den Taliban kapituliert hatte. Es sei Trump gewesen, der eine Vereinbarung mit den Taliban geschlossen und den Abzug der US-Truppen zugesagt hatte. Biden betonte, er selbst habe nur die Wahl gehabt, daran festzuhalten oder Zehntausende weiterer US-Soldaten nach Afghanistan zu schicken und den Einsatz fortzusetzen. Die USA hätten nur die Wahl gehabt, das Land zu verlassen oder den Konflikt weiter zu eskalieren.

Biden machte deutlich, der Rückzug aus Afghanistan bedeute nicht nur das Ende dieses Krieges, sondern auch das Ende einer Ära von Militäroperationen "zur Umgestaltung anderer Länder".

"Bei der Entscheidung über Afghanistan geht es nicht nur um Afghanistan", sagte Biden und wies auf die neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts hin – so etwa die Wettbewerbssituation mit China und Russland, der Cyberkrieg und die Verbreitung der Atomwaffen. Biden verdeutlichte:

"Wir müssen Amerikas Wettbewerbsfähigkeit sichern."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/612e98d948fbef105e551c86.jpg>

### **vormittags:**

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 31. August 2021 wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

**Kalinowo** wurde mit 120mm-Mörsern (3 Geschosse) und Granatwerfern (6 Granaten) beschossen.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

### **de.rt.com: Annäherung zwischen Rivalen: Saudi-Arabien und Iran planen direkte Gespräche**

Im April hatten Vertreter Irans und Saudi-Arabiens geheime Gespräche zur Annäherung unternommen. Diese sollen nach Formung der neuen Regierung unter dem iranischen Präsidenten Raisi fortgeführt werden. In Bagdad wurde der Anfang zur politischen Annäherung gemacht.

Die von Seiten des Irak organisierte Konferenz "The Baghdad Conference for Cooperation and Partnership" diene als Plattform für die Deeskalation der Spannungen in der Region. Der irakische Kulturminister Hassan Nadhim betonte, man verfolge gemeinsame politische wie auch wirtschaftliche Ziele.

Erstmalig seit mehr als fünf Jahren trafen am 28. August auch hochrangige Regierungsvertreter der Islamischen Republik und Saudi-Arabiens aufeinander. Die diplomatischen Beziehungen der beiden Länder waren Anfang 2016 eingestellt worden. Ausgelöst hatte die diplomatische Eiszeit die Ermordung eines schiitischen Geistlichen in Saudi-Arabien, gefolgt von der Erklärung Riads, die US-Politik gegen Iran des damaligen Präsidenten Donald Trump zu befürworten. Im Jahr 2019 machte die Führung von Riad Teheran für einen Drohnenangriff auf Ölanlagen verantwortlich.

Wie iranische Staatsmedien nun berichteten, gäbe es Zeichen der Annäherung. So planten die Islamische Republik und Saudi-Arabien, wieder direkte Gespräche abzuhalten. Für die Islamische Republik bedeutet ein stabiler Irak, angesichts der anhaltenden Sanktionen einen verlässlichen Handelspartner in der Region zu haben. Am Sonntag habe der neue iranische Außenminister Hossein Amirabdollahian die regionale, von irakischer Seite organisierte Konferenz genutzt, um mit seinem saudischen Amtskollegen Faisal bin Farhan Al Saud zu sprechen.

Dabei habe ihn der saudische Außenminister wissen lassen, dass Riad die Formierung der

neuen Regierung in Iran abwarten und anschließend die Gespräche weiter fortsetzen werde. Der französische Präsident Emmanuel Macron nahm an der Konferenz teil. Er versprach seine maximale Unterstützung für die Stabilität der Region. Vertreter Syriens jedoch fehlten auf der diplomatischen Bühne.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.08/article/612e7043b480cc4e4852823c.JPG>

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 31. August 3:00 Uhr bis 1. September 3:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination drei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

*Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).*

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Staromichajlowka, Losowoje.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden infolge von Beschuss von Seiten der BFU auf Alkexandrowka Schäden an der Fensterverglasung und der Eingangstür des Wohnhauses in der Schewtschenko-Straße 297 festgestellt.

Außerdem wurde infolge des gestrigen Beschusses unter Einsatz von Antipanzernkraketenkomplexen auf den Kiewskij-Bezirk von Donezk ein Schaden an der Fensterverglasung von fünf Holzfenstern in der Kunidshi-Straße 3 festgestellt.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu allen Fällen von Verletzung des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 31.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

### **snanews.de: Maas: Deutschland sollte wieder eigene Botschaft in Kabul haben**

Nach dem Machtwechsel in Afghanistan und dem Abzug der letzten deutschen Diplomaten denkt Berlin schon an eine eigene diplomatische Vertretung am Hindukusch. Laut Bundesaußenminister Heiko Maas könnte die Botschaft in Kabul unter bestimmten

Bedingungen wieder öffnen. Das würde aber keine Anerkennung einer Taliban\*-Regierung bedeuten.

„Wenn es politisch möglich wäre und wenn die Sicherheitslage es erlaubt, dann sollte auch Deutschland in Kabul wieder eine eigene Botschaft haben“, sagte Maas am Dienstag bei einem Besuch in Katar laut der DPA. Zurzeit sei man in enger Abstimmung vor allem mit den europäischen Partnern zu diesem Thema.

Die Wiederöffnung der Botschaft werde von der konkreten Politik der Taliban und von der Sicherheitslage abhängen und keine Anerkennung einer Taliban-Regierung bedeuten, betonte Maas:

Es gehe „im Moment nicht um die Frage der völkerrechtlichen Anerkennung.“, sondern um die Lösung ganz praktischer Probleme.

Es gebe ein großes Bedürfnis nach diplomatischer Präsenz, weil Deutschland eben auch viele Themen in Afghanistan habe, so der Minister. Die Kontakte seien nötig, um etwa frühere Mitarbeiter von Bundeswehr und Bundesregierung außer Landes zu bringen.

Neben den afghanischen Ortskräften verbleiben noch etwa 300 Deutsche in Afghanistan, teilte Maas am Dienstagabend im ZDF-„Heute Journal“ mit. In der Frage der Ausreisen zeigte er sich optimistisch: Die Taliban hätten sich bereiterklärt, sie ausreisen zu lassen, und sie seien auf internationale Hilfe angewiesen, etwa beim Betrieb des Flughafens in Kabul.

Deutschland hatte nach der Machtübernahme der Taliban die Botschaft in Kabul geschlossen. Botschafter Markus Potzel verhandelt derzeit in der katarischen Hauptstadt Doha mit den Taliban über die Ausreise Schutzsuchender aus Afghanistan. Maas befindet sich seit Sonntag auf einer Reise durch Länder, die in der Afghanistan-Krise eine wichtige Rolle spielen, und hat bereits die Türkei, Usbekistan, Tadschikistan und Pakistan besucht. Mit dem Besuch in Katar geht die Reise am Mittwoch zu Ende.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/11/3257288\\_0:0:3073:1728\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_37316c14461e366926a5f4ebc77a23d6.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/11/3257288_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_37316c14461e366926a5f4ebc77a23d6.jpg)

**Lug-info.com: In der LVR sind am 1. September um 9:00 Uhr 8950 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.**

**Davon wurden bis 7224 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.**

**Seit Beginn der Pandemie gibt es 903 Todesfälle.**

**de.rt.com: Russisches Unternehmen präsentiert Entwurf einer wiederverwendbaren Rakete**

Das Nachfolgemodell von Sojus-2 wird mit Methan angetrieben, sein Flugkörper kann hundertmal verwendet werden. Im Entwurf und in den Plänen ist es fertig, wie das russische Unternehmen RKZ Progress mitteilte. Die neue Rakete soll ein nicht gekanntes Maß an

Verlässlichkeit erreichen.

Den ersten Entwurf, das erste Design einer von Methan angetriebenen Rakete hat das russische Unternehmen RKZ Progress (Raketen- und Raumfahrtzentrum) entwickelt. Sie soll Russlands hauptsächliches Raumfahrzeug werden und die legendäre Rakete Sojus-2 ersetzen. Wie RKZ Progress der Nachrichtenagentur TASS mitteilte, werden die Pläne für die Rakete Amur-LNG an andere Raumfahrtunternehmen gegeben, die sie überprüfen. Bisher hätten sie eine positive Begutachtung erfahren. Die Pläne würden auf der Grundlage der Einschätzungen und Vorschläge verbessert.

RKZ Progress und die russische Raumfahrtagentur Roskosmos hatten im vergangenen Jahr einen Vertrag über die Entwicklung der Rakete unterzeichnet. Die Rakete wird Methan als Treibstoff nutzen. Ihr Flugkörper kann wieder verwendet werden. Benannt wird sie nach der Region Amur, wo sich das Kosmodrom Wostotschny befindet.

Nach Einschätzung von Roskosmos wird das Modell ein "nicht gekanntes Maß an Verlässlichkeit" erreichen; es kann bis zu hundertmal eingesetzt werden. Ein Start kostet 22 Millionen US-Dollar. Die Kosten für die gesamte Entwicklung des Projekts bis zum ersten Start betragen eine Milliarde US-Dollar.

Alexander Bloschenko, Forschungsleiter bei Roskosmos, erklärte im vergangenen Jahr: "Wir vereinfachen das Design und reduzieren die Anzahl der Steuerungselemente. Die neue Rakete wird halb so viele wie die Sojus haben." Das sei für die Verlässlichkeit von Vorteil.

Roskosmos will, dass die Rakete so reibungslos funktioniert "wie eine Maschinenpistole von Kalaschnikow".

Roskosmos folge dabei dem Beispiel des Modells Falcon 9 des US-Unternehmens SpaceX. Dessen Gründer Elon Musk riet, die Amur-Rakete mit dem Ziel einer vollständigen Wiederverwendbarkeit zu entwickeln.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/612e4cff48fbef10db4bcd84.jpg>

Mzdnr.ru: Am 31. August wurden in der DVR 1477 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 478 positiv, bei 71 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 1. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 56.885 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

7205 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 45.581 als gesund entlassen, es gibt 4099 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 233 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 16 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 134 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2600 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 890 mit Sauerstoffunterstützung (+75 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2248 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

## de.rt.com: **Israel beschließt Erleichterungen für Gaza**

Israel will offenbar nach der jüngsten Eskalation im Gazastreifen die Lage im palästinensischen Küstengebiet zumindest teilweise beruhigen. Die Regierung von Naftali Bennett hat einige Erleichterungen beschlossen. Unter anderem wird die Wasserversorgung aufgestockt.

Am Mittwoch hat die israelische Koordinationsstelle für die Regierungspolitik in den besetzten Gebieten (COGAT) mitgeteilt, dass Israel die Fischereizone vor dem palästinensischen Gazastreifen auf 15 Seemeilen (knapp 28 Kilometer) ausgeweitet und außerdem den Grenzübergang Kerem Schalom in das gesperrte Gebiet vollständig geöffnet habe. Zudem solle die Wasserversorgung des Gazastreifens um fünf Millionen Kubikmeter vergrößert werden.

Laut der Mitteilung wolle Israel außerdem die Zahl der Einreisegenehmigungen für Geschäftsleute aus dem Gazastreifen um 5.000 auf 7.000 erhöhen. Dies gelte allerdings nur für gegen das Coronavirus geimpfte oder genesene Personen. Bedingung für die Lockerungen und mögliche weitere Schritte sei es, dass die Waffenruhe in der Region längerfristig eingehalten werde, hieß es in der COGAT-Mitteilung.

Erst am Dienstag hatte das israelische Verteidigungsministerium offiziell bekannt gegeben, dass Israel an die Palästinensische Autonomiebehörde in Ramallah einen Kredit in Höhe von umgerechnet rund 132 Millionen Euro vergeben werde. Das Geld solle im kommenden Jahr von Steuern und Zöllen abgezogen werden, die Israel für die Palästinenser einsammelt. Die Autonomiebehörde äußerte sich zunächst nicht dazu.

Zuletzt war es am Grenzzaun zum Gazastreifen wiederholt zu gewaltsamen Protesten mit Toten und Verletzten gekommen. Israels Armee nahm daraufhin Ziele im palästinensischen Küstengebiet unter Beschuss. Die israelischen Streitkräfte hatten sich im Mai mit militanten Palästinensern im Gazastreifen einen elftägigen militärischen Schlagabtausch geliefert. Dabei wurden in Israel nach offiziellen Angaben 13 Menschen getötet, in Gaza starben nach Angaben des Gesundheitsministeriums 255 Menschen. Ägypten vermittelte schließlich eine Waffenruhe zwischen Israel und der im Gazastreifen herrschenden Hamas, die am 21. Mai in Kraft trat.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/612f2f79b480cc3b090816d6.JPG>

**Dnronline.su: Die Festveranstaltungen zum Beginn des neuen Schuljahrs haben heute in allen Bildungseinrichtungen der DVR stattgefunden und begannen mit dem Hissen der Staatsflaggen der DVR und Russlands sowie mit den Hymnen der Donezker Volksrepublik und der Russischen Föderation.**

**Das Oberhaupt der DVR, Minister sowie Abgeordnete des Volkssowjets nahmen an den Veranstaltungen in verschiedenen Schulen teil.**

**Die erste Unterrichtsstunde heute war dem Jahr der russischen Kultur gewidmet.**

In diesem Jahr beginnen etwa 14.500 Erstklässler in der DVR mit der Schule. Sind sind in den Jahren 2014 und 2015 geboren.

**nachmittags:**

de.rt.com: **Taliban feiern Abzug der Koalitionstruppen mit Scheinbeerdigung der NATO-Staaten**

Nach dem offiziellen Ende der Militärmission der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan feiern die Taliban den historischen Moment im großen Stil. So inszenierten die neuen Machthaber am Dienstag in der Stadt Chost eine Beerdigungszeremonie für die westlichen Mächte.

Auf zahlreichen Bildern der Prozession war zu sehen, wie eine riesige Menschenmenge, begleitet von religiösen Gesängen, improvisierte Särge durch die Stadt im Osten Afghanistans trug, die in die Fahnen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der NATO eingewickelt waren. Bemerkenswerterweise trugen die Teilnehmer der Veranstaltung außerdem sowohl weiße Taliban-Fahnen als auch Staatsflaggen der Islamischen Republik Afghanistan, deren Regierung die Taliban abgelöst haben wollen.

Der Siegeszug der Taliban wurde am Dienstag auf dem nun von ihnen kontrollierten Kabuler Flughafen fortgesetzt, wo die Islamisten sich zu einer [Erkundungsfahrt über das Flughafengelände](#) aufmachten und vor den Kameras mit erbeuteten Fluggeräten und Ausrüstung posierten.

In einer kurzen Rede vor den Anhängern der Miliz und einzelnen Journalisten sprach Taliban-Sprecher Sabiullah Mudschahid von einem historischen Tag der Befreiung des Landes und fügte hinzu, dass die vergangenen zwei Jahrzehnte als "eine große Lektion für andere Invasoren und die Welt" dienen sollten.

Zudem brachten die Militanten zumindest einen der von den USA hinterlassenen Black-Hawk-Helikopter über der drittgrößten afghanischen Stadt Kandahar in die Luft, wie mehrere [Videos in den sozialen Netzwerken](#) zeigen.

Indessen räumte Pentagon-Sprecher John Kirby am Dienstag ein, dass zahlreiche US-Gefechtsausrüstung mit einer "tödlichen Komponente" im Laufe des hastigen Rückzugs in die Hände der Taliban gefallen sei. Er sagte aber, dies würde keine Bedrohung für die USA oder die Nachbarländer darstellen:

"Dies sind nicht die Dinge, die die Taliban strategisch nutzen können."

Zuvor hatte US-Präsident Joe Biden am Dienstag in seiner Ansprache an die Nation den knapp 20 Jahre dauernden Krieg in Afghanistan für beendet erklärt. Die chaotische Evakuierung aus Kabul, die seit der Machtübernahme durch die Taliban mehr als zwei Wochen andauerte, bezeichnete er als einen außergewöhnlichen Erfolg, wie ihn "keine Nation in der Geschichte je gemeistert hätte". Erneut wies der US-Präsident die Kritik zurück, der Abzug hätte geordneter abgewickelt werden können. Er wertete die Herausforderungen, mit denen man bei dem Abzug konfrontiert war, als unvermeidbar. Biden machte deutlich, der Rückzug aus Afghanistan bedeute nicht nur das Ende dieses Krieges, sondern auch das Ende einer Ära von Militäroperationen "zur Umgestaltung anderer Länder"



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/612f1d11b480cc3b5e3ef565.JPG>

### snanews.de: „Bei null, wenn nicht im Minus“: Putin über Ergebnis des US-Einsatzes in Afghanistan

Der 20 Jahre lange US-Einsatz in Afghanistan, bei dem Washington seine Standards zum Aufbau der Gesellschaft umsetzte, hat laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu null oder sogar zu negativen Ergebnissen geführt.

„20 Jahre lang waren die US-Truppen auf diesem Territorium präsent und versuchten, die Leute zu zivilisieren – im Grunde genommen versuchten sie, ihre eigenen Normen und Lebensstandards im breiten Sinne, darunter im politischen Leben, zu implementieren. Im Ergebnis gibt es nur Tragödien, Verluste – für diejenigen, die das getan haben und umso mehr für die Leute, die in Afghanistan leben“, sagte Putin am Mittwoch.

„Das Ergebnis liegt bei null, wenn nicht gar im Minus“.

Putin betonte, es sei unmöglich, etwas von außen aufzuzwingen. Man müsse helfen und warten, bis die Situation reift. Helfen müsse man aber auf zivilisierte Weise: Vorsichtig, langsam, geduldig und dabei positive Tendenzen beibehalten.

### Lawrow über die Lage und aktuellen Aufgaben in Afghanistan

Laut dem russischen Außenminister, Sergej Lawrow, ist es für Moskau im Zusammenhang mit der Lage in Afghanistan jetzt am wichtigsten, die Sicherheit seiner Verbündeten in Zentralasien zu gewährleisten. Davon hänge die Sicherheit der südlichen Grenzen der Russischen Föderation direkt ab.

Lawrow nannte die Versuche, das westliche Modell der Demokratie Afghanistan aufzuzwingen, den größten Fehler. Afghanistan sei ein Land, „das traditionell dezentralisiert war, wo Clan- und andere Verbindungen und Beziehungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen eine große Rolle spielten“. Die Hauptstadt habe all diese Beziehungen aber immer irgendwie ausbalanciert.

„Jetzt, nach dem Abzug der Nato-Truppen aus Afghanistan, ist es für uns am wichtigsten, die Sicherheit unserer Verbündeten, der Länder Zentralasiens zu sichern“, sagte Lawrow. „Ich hoffe sehr, dass wir uns gemeinsam auf Schritte einigen werden, dank denen in Afghanistan Bedingungen für die Bildung einer landesweiten Führung geschaffen werden. Wir arbeiten derzeit aktiv in diese Richtung“.

Anfang August hat die radikal-islamistische Organisation Taliban die Offensive gegen Regierungstruppen in Afghanistan intensiviert. Die Taliban drangen am 15. August in die Hauptstadt ein. Sie übernahmen die Kontrolle über den Präsidentenpalast und verkündeten am 16. August, dass der Krieg in Afghanistan vorbei sei sowie die Regierungsform des Staates in naher Zukunft geklärt werde. Die einzige Provinz, die immer noch nicht unter ihrer Kontrolle steht, ist Panjshir, nordöstlich von Kabul.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/01/3435053\\_0:0:2700:1520\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_4bc641fd19a644909f9b648c0ab49dd5.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/01/3435053_0:0:2700:1520_1920x0_80_0_0_4bc641fd19a644909f9b648c0ab49dd5.jpg)

Armijadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 01.09.2021**  
**In den letzten 24 Stunden wurden drei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 1. mechanisierten Bataillons der 28. Brigade von den Positionen in Krasnogorowka aus auf Befehl des Kriegsverbrechers Martschenko **Staromichajlowka** mit 120mm-Mörsern beschossen und neun Mörsergeschosse abgefeuert. Kämpfer des 3. mechanisierten Bataillons der 28. Brigade haben von den Positionen in Marjinka aus die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in Donezk beschossen und 15 Granaten mit automatischen Granatwerfern abgefeuert sowie Schusswaffen eingesetzt. Kämpfer des 16. Panzergrenadierbataillons der 58. Brigade haben auf Befehl des Brigadekommandeurs Kaschtschenko von den Positionen in Perwomajskoje aus **Losowoje** mit Mörsern beschossen und ein Mörsergeschoss des Kalibers 120mm sowie fünf Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zwei Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:  
ein 135mm-Antipanzerraketenkomplex „Konkurs“ in der Nähe von Wohnhäusern in Donskoje.

Aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade:  
ein Panzer in einem Wohngebiet von Memrik.

**Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission.** So hat der Gegner, um die Erfassung von verbotenen Waffen der 10. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle bei Flügen von Drohnen der OSZE-Mission im Gebiet von Kurdjmwowka zu blockieren.

**Die nicht kampfbedingten Verluste in den Reihen der ukrainischen Besatzer bleiben weiter ein Schlüsselproblem des Kommandos der BFU.** Trotz aktiver propagandistischer Maßnahmen zur Hebung des Images der ukrainischen Armee, unter anderem durch Heranziehung von Massenmedien, führen die schwachen Fertigkeiten und die Unprofessionalität der Kommandeure und des untergebenen Personals nach wie vor zu Unfällen und Verletzungen.

So detonierte am 30. August im 503. Marineinfanteriebataillon im Gebiet von Werchnetorezkoje bei der Ladung einer Drohne mit einer Sprengvorrichtung letztere, dabei erlitt ein Soldat zahlreiche Splitterverletzungen und wurde in ein Krankenhaus gebracht. Am selben Tag detonierte bei der Entminung von alten Minenfeldern im Gebiet von Nowogradowka eine Sprengvorrichtung, dabei wurden zwei Soldaten der 58. Brigade verletzt. Um der Verantwortung zu entgehen und um die Prämien entsprechend dem Befehl Nr. 330 des Verteidigungsministeriums nicht wegen Verletzung von Sicherheitsmaßnahmen und nicht zu rechtfertigenden Verlusten unter dem Personal nicht zu verlieren, berichten die Kommandeure der Brigade nicht „nach oben“ über das Geschehen oder führen fiktiven Beschuss, angeblich von Seiten der Volksmiliz, an, und im Ergebnis werden die nicht kampfbedingten Verluste offiziell zu kampfbedingten. Aber derartige Fälschungen werden manchmal dem Kiewer Militärkommando bekannt, wie im Fall der Detonation in der 58. Brigade. Um eine Ermittlung zu diesem Vorfall und der Fälschung des Berichtes durchzuführen, ist der Leiter für Sicherheit des militärischen Dienstes der Bodentruppen der ukrainischen Streitkräfte Oberst Butenko eingetroffen.

Wir stellen weiter **Fälle gesetzwidriger Abschreibung und des Diebstahls von militärischem Material**, das im Rahmen der Hilfe durch westliche Länder geliefert wurde, in den Verbänden der BFU fest. So wurde am 29. August bei der Arbeit einer Kommission des Raketenartilleriewaffendienstes der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ in den Einheiten der 28. Brigade ein Fehlbestand von 15 Panzerwesten und 18 Zubehörsätzen dazu entdeckt, in der 93. Brigade von 4 Nachtsichtgeräten AN/PVS-14. Derzeit versucht das Kommando der Verbände, die Fehlbestände zu ersetzen, weil im September im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ eine Inspektion aus Großbritannien und den USA erwartet wird, die den Bestand und die rationelle Nutzung der gelieferten militärischen Ausrüstung kontrollieren werden.

de.rt.com: **"Weisheit" der Worte: Papst Franziskus lobt Merkel – für ein Putin-Zitat**

Papst Franziskus hat Kritik des russischen Präsidenten Wladimir Putin an der Interventionspolitik des Westens in Afghanistan in einem Interview irrtümlich Bundeskanzlerin Angela Merkel zugeschrieben – und die "Weisheit" der Worte gepriesen. Das Oberhaupt der katholischen Kirche hat Angela Merkel als eine "der großen Persönlichkeiten der internationalen Politik" bezeichnet. In einem Interview des spanischen Radiosenders Cope lobte Papst Franziskus die Bundeskanzlerin allerdings für "weise" Worte, die nicht von ihr stammten. Er schrieb die Kritik des russischen Präsidenten Wladimir Putin an der Interventionspolitik des Westens in Afghanistan irrtümlich Merkel zu. Er zitierte die Bundeskanzlerin dann mit dem Satz:

"Es ist notwendig, der unverantwortlichen Politik des Eingreifens von außen und des Aufbaus der Demokratie in anderen Ländern unter Ignorierung der Traditionen der Völker ein Ende zu setzen."

Zwar hat sich auch Merkel angesichts des Afghanistan-Debakels vorsichtig von der westlichen Interventionspolitik distanziert – das vom Papst genannte Zitat ist aber die Position des russischen Präsidenten Wladimir Putin, der dem Westen schon länger Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder vorwirft.

Der Papst aber lobte in dem am Mittwoch gesendeten Interview die "Weisheit" der Worte "dieser Frau" während ihres Moskau-Besuchs vor eineinhalb Wochen. Der Vatikan reagierte

zunächst nicht auf eine Anfrage zu der Äußerung des 84-jährigen Argentiniers.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/612f593948fbef110503db65.jpg>

### de.rt.com: **Syrien: Raketenangriff auf US-Basis in Deir ez-Zor – Gefechte zwischen Rebellen und Armee in Dar'ā**

Eine Militäreinrichtung der US-Besatzer in der östlichen Provinz Deir ez-Zor von Syrien soll mit zwei Raketen beschossen worden sein. Südlich von Damaskus, in Dar'ā, der von Rebellen so genannten "Wiege der Revolution", toben heftige Kämpfe zwischen der regulären Syrischen Armee und Milizen.

Am Dienstagabend soll eine Militäreinrichtung der US-Besatzer in der östlichen Provinz Deir ez-Zor in Syrien beschossen worden sein. Die Raketen seien aus nahegelegenen Gebieten abgefeuert worden.

Lokale Quellen teilten der syrischen Nachrichtenagentur SANA unter der Bedingung der Anonymität mit, dass zwei Raketen die Basis auf dem Conoco-Gasfeld nahe der Stadt Deir ez-Zor getroffen hätten. Nach Angaben einer Quelle gab es keine unmittelbaren Berichte über mögliche Opfer oder Schäden.

Proiranische Milizen hatten am 28. Juni in Ostsyrien eine Basis der US-Armee angegriffen. Koalitionstruppen hatten nach eigenen Angaben auf den Raketenbeschuss in Deir ez-Zor mit schwerem Artilleriefeuer und Luftangriffen gegen Milizstellungen in der Stadt al-Mayadin reagiert. Der Beschuss habe der US-Basis auf dem Ölfeld al-Omar in der Region Deir ez-Zor gegolten, berichtete seinerzeit die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte.

Die Stadt Dar'ā, die Hauptstadt der gleichnamigen Provinz an der Grenze zu Jordanien, erlebte in den letzten Tagen die heftigsten Gefechte zwischen Rebellen und der regulären Syrischen Arabischen Armee (SAA). Syrische Truppen beschossen am Montag von Rebellen kontrollierte Teile der instabilen Stadt Dar'ā im Südwesten des Landes, um dort verbliebene Milizen zur Evakuierung des Stadtteils Dar'ā al-Balad zu zwingen. Die sogenannten Rebellen töteten bei den Gefechten vier syrische Soldaten, während dabei auch ein Kämpfer der Milizen getötet wurde. Die Lage in Dar'ā eskalierte, nachdem von Russland vermittelte Gespräche zur Beendigung der Präsenz von Milizen in der Region erst einmal gescheitert waren, berichtet AP.

Die syrische Nachrichtagentur SANA berichtet, dass die SAA gegen das Feuer von Terroristen in der Stadt Dar'ā Vergeltungsmaßnahmen ergriff, weil bei den Angriffen auf Armeekontrollpunkte in der Stadt 4 syrische Soldaten getötet und 15 Zivilisten verletzt wurden, darunter auch Kinder.

"Die Überreste terroristischer Gruppen in einigen Gebieten in Dar'ā arbeiten immer noch daran, alle Bemühungen des Staates zur Konsolidierung von Sicherheit und Stabilität in der gesamten Provinz zu behindern", berichtet SANA.

Die Rebellen machten die Regierung für die Eskalation verantwortlich und erklärten, dass die

Truppen eine Offensive gestartet hätten, um die "Aufständischen" zur Kapitulation zu zwingen.

Am Mittwoch zirkulierten Berichte, dass ein russischer Konvoi mit mehreren Militärfahrzeugen in die Stadt Dar'ā eingedrungen sei, um einen Deal zwischen der syrischen Armee und den Rebellen umzusetzen.

Um die jüngsten Kämpfe in Dar'ā zu beenden, bemühte sich Russland bereits, neue Verhandlungen zu erwirken, wonach die Rebellen Teile der Stadt verlassen müssten. Letzte Woche hatten die syrischen Behörden etwa 100 bewaffnete Männer angewiesen, den Stadtteil Dar'ā al-Balad zu verlassen. Einige folgten der Aufforderung und verließen den Stadtteil, aber Dutzende widersetzten sich und blieben dort.

Als Teil der Übereinkunft war vorgesehen, dass nach dem Abzug der Rebellen reguläre syrische Truppen in Dar'ā al-Balad einrücken. Die Rebellen, die den Deal akzeptierten, mussten im Gegenzug für eine Amnestie ihre Waffen abgeben.

Dar'ā, das von Rebellen als Wiege der Revolution bezeichnet wird, war bis zum Sommer 2018 eine sogenannte Deeskalationszone unter dem Schutz der USA. Die Provinz wurde im Juli 2018 von der regulären Syrischen Arabischen Armee zurückerobert. Im Vergleich zu anderen Gebieten, in denen sich die Regierungstreitkräfte wieder durchsetzen konnten, gab es keine klare Waffenstillstandsvereinbarung und keinen anschließenden Abtransport der Aufständischen samt ihrer Familien in die nördliche Provinz Idlib nahe der türkischen Grenze. Stattdessen bewegte Russland die Regierung in Damaskus zu einem Aussöhnungsabkommen und beaufsichtigte die Rekrutierung von Rebellen aus Dar'ā für eine neue lokale Schutztruppe, die als Fünftes Korps bekannt wurde.

Die südwestliche Provinz Dar'ā Syriens wurde als Wiege des Aufstands gegen den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad bekannt, als 2011 in Syrien im Zuge des sogenannten Arabischen Frühlings der Konflikt ausbrach. Offenbar ist nun die Syrische Arabische Armee dabei, die endgültige Kontrolle über die Provinz zu übernehmen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/612f4d3a48fbef110503db4a.JPG>

### **Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponko**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden zwei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

**In Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Troizkoje aus zweimal **Kalinowo** mit Mörsern des Kalibers 120mm und Granatwerfern beschossen....

snanews.de: **Selenski zu Besuch in Washington – Biden verzichtet auf gemeinsame**

## **Pressekonferenz**

US-Präsident Joe Biden empfängt am Mittwoch im Weißen Haus den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski, um im unter anderem „die Unterstützung der Souveränität und territorialer Integrität der Ukraine“ zu versichern. Zeit für eine gemeinsame Pressekonferenz findet sich in Bidens Zeitplan jedoch nicht.

Oder, wie es auf der Webseite von Biden steht, eine Pressekonferenz im Anschluss an das Treffen sei nicht geplant. Während der Gespräche soll aber Biden laut einer Mitteilung die „Unterstützung der Souveränität und territorialer Integrität der Ukraine durch die USA angesichts der anhaltenden russischen Aggression im Donbass und auf der Krim“ bekräftigen. Darüber hinaus wird US-Präsident die Zusammenarbeit der beiden Länder bei Energiesicherheit und Reformen in der Ukraine unterstützen. Nach dem Treffen widmet sich Biden einem wöchentlichen Wirtschaftsbriefing.

Selenski dagegen hatte am Tag zuvor mehrere hochrangige US-Beamten getroffen, darunter den Pentagon-Chef Lloyd Austin und die Energieministerin Jennifer Granholm. Auf Selenskis Webseite wird bekanntgegeben, dass Vertreter der USA und der Ukraine dabei ein Partnerschaftsabkommen für die Verteidigung unterzeichnet und auch vereinbart hätten, „eine sichere Kommunikationslinie“ zwischen Kiew und Washington einzurichten.

„Wir sehen, dass es eine umfassende Investition in die Atomenergie der Ukraine geben wird. Dies ist der erste wichtige Schritt. Wir waren auf der Suche nach Investitionen. Jetzt haben wir Unterstützung“, wird Selenski weiter zitiert. Er hat nach eigenen Angaben auch die Unterstützung des US-amerikanischen Energieministeriums in Angelegenheiten von Nord Stream 2 wahrgenommen sowie das Verständnis für Bedrohungen der Energiesicherheit der Ukraine und Europas durch dieses Projekt.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/01/3437754\\_0:0:3049:1716\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_9ea1c6649379f566e1d922aef13be37f.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/01/3437754_0:0:3049:1716_1920x0_80_0_0_9ea1c6649379f566e1d922aef13be37f.jpg)

## **de.rt.com: Streit um Nord Stream 2: Selenskij nennt russisches Gas "das schmutzigste auf der Welt"**

Beim Besuch des ukrainischen Staatschefs Wladimir Selenskij in den USA war Nord Stream 2 ein großes Thema. Selenskij nannte russisches Gas aufgrund von Methanemissionen sowie "wegen Korruption, Erpressung und Manipulation das schmutzigste auf der Welt".

Während eines Treffens mit US-Energieministerin Jennifer Granholm in Washington hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij russisches Gas aufgrund von Methanemissionen bei der Produktion und dem Transport sowie "wegen Korruption, Erpressung und Manipulation" Bei den Gesprächen sollen Selenskij und Granholm laut dem Pressedienst des ukrainischen Staatschefs aktuelle Fragen der Energiesicherheit der Ukraine diskutiert haben. Der Bedrohung durch das Gaspipelineprojekt Nord Stream 2 sei ebenfalls Aufmerksamkeit

geschenkt worden. Die Ukraine und die USA seien sich in Bezug auf die "Risiken, die dieses Projekt mit sich bringt", einig. Selenskij besteht auf die Fortsetzung des Gastransits über ukrainisches Territorium, damit Russland den Gasexport nicht "als Waffe einsetzen" könne. Der russische Außenminister Sergei Lawrow reagierte auf die Worte des ukrainischen Präsidenten. Er erklärte, ukrainische Politiker würden "verbale Balancierkunst" zeigen. Dies zeuge von keinem großen Verstand innerhalb der ukrainischen Führung. Lawrow zufolge nutzt Kiew absichtlich eine russophobe Rhetorik, um den Westen für eine Unterstützung bei der Konfrontation mit Moskau zu gewinnen.

Selenskij ist in den USA zu einem Gipfeltreffen mit US-Präsident Joe Biden angekommen. Eines der zentralen Themen soll der Widerstand gegen Nord Stream 2 sein. Die Ukraine fordert von den USA Sanktionen gegen das Projekt. Washington soll die EU und vor allem Deutschland zur Aufgabe Ostseepipeline bewegen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/612f526448fbef122547de04.jpg>

### de.rt.com: **Brisantes Papier: Biden forderte vom afghanischen Präsidenten Verharmlosen der Taliban-Offensive**

Laut jetzt bekannt gewordenen Ausschnitten eines letzten Telefonats setzte der US-Präsident Biden den mittlerweile geflohenen afghanischen Präsidenten Ghani unter Druck, dieser solle öffentlich bekräftigen, dass eine drohende Machtübernahme durch die Taliban unwahrscheinlich sei.

Der US-Präsident Joe Biden stellte gegenüber der Öffentlichkeit seine Überraschung zur Schau, wie schnell die militant-islamistischen Taliban die Macht in Afghanistan übernahmen. Niemand und auch er hätte nicht voraussehen können, wie bald deren Offensive die afghanische Hauptstadt erreichen würde.

Biden erklärte im US-Fernsehen:

"Man ging davon aus, dass die mehr als 300.000 afghanischen Sicherheitskräfte, die wir in den letzten zwei Jahrzehnten ausgebildet und ausgerüstet hatten, ein starker Gegner im Bürgerkrieg mit den Taliban sein würden."

Aber auch für den Fall, dass die Sicherheitskräfte den Taliban nicht standhalten würden, sei man in Washington vorbereitet gewesen:

"Wir waren also vorbereitet, als die afghanischen Sicherheitskräfte nach zwei Jahrzehnten des Kampfes für ihr Land und dem Verlust Tausender ihrer Angehörigen nicht so lange durchhielten, wie alle erwartet hatten."

Die USA hatten zwar nach 20 Jahren ihren eigenen militärischen Einsatz und damit auch den aller anderen ausländischen Militärs beenden wollen und ein Friedensabkommen mit den Taliban vereinbart. Aber es folgten am Ende völlig überhastete Evakuierungsflüge, um ausländische Staatsangehörige und Ortskräfte, die die Ausländer bei deren diplomatischen und militärischen Missionen unterstützt hatten, vor den Taliban in Sicherheit zu bringen. Einen

Tag vor Ablauf der bis 31. August gesetzten Frist verließ der letzte US-Soldat afghanischen Boden.

Das letzte Telefonat zwischen dem US-Präsidenten Joe Biden und dem afghanischen Präsidenten Aschraf Ghani am 23. Juli aber lässt an der Darstellung des US-Präsidenten, die Machtergreifung der Taliban sei unvorhersehbar gewesen, erhebliche Zweifel aufkommen. Die Nachrichtenagentur Reuters veröffentlichte ein Transkript mit Auszügen der 14 Minuten währenden Unterhaltung. Die Echtheit des Gesprächs sei anhand der Audiomitschnitte überprüft worden.

Demnach hätte der US-Demokrat Biden seinen afghanischen Amtskollegen Ghani aufgefordert, den "Anschein" zu erwecken, dass die afghanischen Streitkräfte die Taliban aufhalten könnten. Er versprach Ghani die Unterstützung seiner Regierung, wenn dieser öffentlich darlegen würde, dass er einen Plan zur Kontrolle der sich "zuspitzen Lage in Afghanistan" habe. Beide Staatsmänner waren sich einig darin, dass die Taliban starke Unterstützung aus Pakistan erhielten. Ghani warnte Biden explizit:

"Wir haben es mit einer groß angelegten Invasion zu tun, bestehend aus Taliban, vollständiger pakistanischer Planung und logistischer Unterstützung und mindestens 10.000 bis 15.000 internationalen Terroristen, überwiegend Pakistaner, die in die Sache verwickelt sind."

In dem Telefonat lobte Biden das afghanische Militär:

"Sie haben eindeutig das beste Militär. Sie haben 300.000 gut ausgerüstete Soldaten gegen 70.000 bis 80.000 und sie sind offensichtlich in der Lage, gut zu kämpfen."

Einen ganz anderen Ton schlug Biden in einer späteren Rede an die Nation an. Hier warf er den Afghanen vor, sie hätten nicht kämpfen wollen. Vier Wochen vor Erreichen der Stadt Kabul durch die Taliban trafen Ghani's Bitten nach mehr militärischer Luftunterstützung und mehr Geld für die kriegsmüden und unterbezahlten afghanischen Soldaten in Washington auf taube Ohren.

Ghani räumte seinen Präsidentensitz am 15. August und übergab damit die Macht den Taliban. Er selbst floh ins Ausland. Sein Vizepräsident Amrullah Saleh hält sich im Pandschschir-Tal auf und organisiert von dort gewissen Widerstand. Er sieht sich jetzt als Nachfolger Ghani's und damit rechtmäßiger Präsident Afghanistans an.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/612f765db480cc5704574ac8.jpg>

**Wpered.su: Donezker Kommunisten gratulierten Schülern zum Tag des Wissens**  
Heute, am 1. September, fand im Petrowskij-Bezirk von Donezk der Tag des Wissens (Schulbeginn) statt. Vertreter der KP der DVR, der Union sowjetischer Offiziere und Verteidiger des Donbass und der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ gratulierten den Schülern zum Beginn des Schuljahrs, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Die Kommunisten besuchten die Schulen Nr. 84, 108, 111, 113, 116 und das Schulkinderheim Nr. 27. Während des festlichen Teils wurde den Schülern Sportinventar übergeben.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2021/09/SSO-2-720x340.jpg>

### snanews.de: **Bidens neuer Kurs? Lawrow begrüßt Politik ohne Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder**

US-Präsident Joe Biden und der französische Präsident Emmanuel Macron haben sich dafür ausgesprochen, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder künftig zu unterlassen. Der russische Außenminister Sergej Lawrow zeigte sich darüber erfreut.

„Ein sehr interessantes Moment, das sowohl US-Präsident Biden als auch der französische Präsident Macron erwähnt haben: Sie beide haben praktisch im Abstand von ein-zwei Tagen angekündigt, dass es an der Zeit sei (...) die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, mit dem Ziel, ihnen eine Demokratie nach westlichem Vorbild aufzuzwingen, zu unterlassen“, erklärte Lawrow beim heutigen Treffen mit Studenten des Staatlichen Moskauer Instituts für Internationale Beziehungen (MGIMO).

Ferner bestätigte der Außenminister, dass Moskau solche Erklärungen begrüße und schon lange dazu aufrufe, „Lehren aus jenen Abenteuern zu ziehen, in die sich unsere westlichen Kollegen in den letzten Jahrzehnten verstrickt haben“.

„Ich hoffe, wenn diese Erklärungen eine mühsam gewonnene Schlussfolgerung widerspiegeln, dass es bei uns in Zukunft auf dem Planeten etwas ruhiger wird.“

#### **Zusammenarbeit – ja, aber nicht nach „Lehrer-Schüler-Prinzip“**

In seiner Rede bestätigte Lawrow unter anderem, dass Russland bereit sei, mit dem Westen zusammenzuarbeiten und keine Konfrontation oder Isolation anzustreben. Diese Zusammenarbeit dürfe aber nicht nach dem „Lehrer-Schüler-Prinzip“ ablaufen, so der Außenminister.

„Wir haben nie eine Konfrontation, geschweige denn eine Selbstisolation gesucht, und sind offen für Interaktionen mit den westlichen Ländern, wenn sie ihre Haltung ändern und aufhören, als Lehrer zu fungieren, die alles wissen und sündenlos sind, und Russland als einen Schüler behandeln, der seine Hausaufgaben machen muss. Das ist eine falsche Kommunikationsweise, insbesondere im Umgang mit Russland“, schilderte Lawrow gegenüber den MGIMO-Studenten.

Des Weiteren stellte der russische Außenminister fest, dass der Westen nicht auf Augenhöhe mit Russland sprechen wolle – dieser Weg führe aber ins Nichts:

„Auf zwischenstaatlicher Ebene sind unsere westlichen Kollegen nicht sehr geneigt, mit uns auf Augenhöhe zu sprechen und verlangen ständig von uns, unser Verhalten zu ändern und uns so zu verhalten, wie sie es für richtig halten. Dies ist ein Weg in die Sackgasse“.

Abschließend fügte er noch hinzu, dass Russland zu einem offenen, konstruktiven und gegenseitig respektvollen Gespräch bereit sei, das auf der Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen beruhen würde.



[https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/01/45798\\_0:59:2991:1741\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_4ed007d34fc5533235183819d9684746.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/01/45798_0:59:2991:1741_1920x0_80_0_0_4ed007d34fc5533235183819d9684746.jpg)

### de.rt.com: **Präsident Alexander Lukaschenko: Russland wird Weißrussland mehrere Dutzend Flugzeuge liefern**

Im Vorfeld des russisch-weißrussischen Militärmanövers "Sapad 2021" ("Westen 2021") hat der weißrussische Staatschef Alexander Lukaschenko einen größeren Rüstungsimport aus Russland angekündigt. Dem Präsidenten zufolge geht es um mehrere Flugzeuge und Flugabwehrsysteme.

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat am Mittwoch mitgeteilt, Russland werde demnächst seinem Land Dutzende von Flugzeugen, Helikoptern und Flugabwehrsystemen und womöglich Raketenabwehrkomplexe des Typs S-400 liefern. Er habe ein entsprechendes Dokument am Vortag unterschrieben. Lukaschenko lehnte es ab, den Wert und die Bedingungen des Vertrags bekannt zu geben, betonte allerdings, dass sein Land diese Bewaffnung sehr benötige:

"Kurzum, es geht um die modernste Bewaffnung. Wir werden uns nachrüsten. Falls wir bei den Übungen sehen, dass wir noch etwas brauchen, werden wir es bei der Russischen Föderation kaufen und in unsere Bewaffnung aufnehmen."

Darüber hinaus ging der weißrussische Präsident auf die Zukunft der Russisch-Weißrussischen Union ein. Deren Programme sollten ihm zufolge nach einem für den 9. September angesetzten Treffen mit Russlands Staatschef Wladimir Putin im Oktober oder im November angenommen werden. Gleichzeitig betonte Lukaschenko, dass diese Integrationsprogramme zu keinem Verlust der weißrussischen Souveränität führen werden. Das russisch-weißrussische Militärmanöver "Sapad 2021" wird vom 10. bis zum 16. September in den beiden Ländern stattfinden. Ziel der Übungen ist, die Verteidigungsfähigkeit der beiden Staaten zu prüfen. Voraussichtlich werden sich daran 200.000 Armeeingehörige, 80 Flugzeuge und Hubschrauber, 290 Panzer und bis zu 15 Schiffe beteiligen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/612f57d648fbef10331aecf8.jpg>

### de.rt.com: **Russlands Außenminister Lawrow warnt den Westen vor Anzweiflung des Wahlergebnisses in Russland**

Wenige Wochen vor den Parlamentswahlen in Russland warnt Russlands Außenminister Sergei Lawrow den Westen davor, das Wahlergebnis in Zweifel zu ziehen. Der Kandidat der Regierungspartei Einiges Russland findet, dass der Westen bereits jetzt den Nährboden dafür bereitet.

Russlands Außenminister Sergei Lawrow hat am 1. September auf seiner traditionellen Vorlesung vor Studierenden und Lehrkräften des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen (MGIMO) anlässlich des neuen Schul- und Studienjahres gesagt, dass der Westen die Ergebnisse der anstehenden Parlamentswahlen in Russland in Zweifel ziehen wolle. Der Kandidat für die Staatsduma von der Regierungspartei Einiges Russland sagte bei der Veranstaltung:

"Unsere westlichen Kollegen geben zu verstehen, dass sie Kurs darauf genommen haben, die Wahlergebnisse in Zweifel zu ziehen. Es tauchen Publikationen und Erklärungen verschiedener Politologen auf, die offenbar darauf abzielen, die öffentliche Meinung darauf vorzubereiten, dass man die Wahlergebnisse fälschen werde."

Außerdem teilte der russische Chefdiplomat mit, Russland würde sein Bestes tun, um eine maximale Transparenz des Urnengangs zu gewährleisten, darunter auch in den diplomatischen Vertretungen im Ausland. Dabei betonte Lawrow, dass sich bereits viele Wahlbeobachter aus dem Ausland angemeldet hätten.

Die Abstimmung wird pandemiebedingt innerhalb von drei Tagen durchgeführt – vom 17. bis 19. September. Die Staatsduma, das Unterhaus des russischen Zwei-Kammern-Parlaments, wird auf fünf Jahre gewählt. Über Parteilisten werden 225 Sitze vergeben, weitere 225 Abgeordnete werden landesweit in Einzelwahlkreisen nach dem relativen Mehrheitswahlrecht gewählt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/612f6996b480cc5704574aac.jpg>

**abends:**

### **dnr-sckk.ru: Ergebnisse des außerplanmäßigen Treffens der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit**

Heute, am 1. September, fand das von der Republik initiierte außerplanmäßige Treffen der Arbeitsgruppe zur Fragen der Sicherheit statt. Schlüsselfrage der Tagesordnung, die die Ursache für die Einberufung der Videokonferenz war, war die neue Runde der Eskalation an der Kontaktlinie, die zu Verletzungen von friedlichen Einwohnern, einschließlich Kindern, und Zerstörungen von Wohnhäusern geführt hat, sowie in diesem Zusammenhang die unverzügliche Vereinbarung eines Zusatzes zur der geltenden Redaktion der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueereinstellung, der die Funktion des Koordinationsmechanismus regelt.

Wir erinnern daran, dass seit dem 25. August etwa 20 Beschießungen unseres Territoriums von Seiten der Ukraine festgestellt wurden, es wurden etwa 300 Geschosse abgefeuert, darunter unter Einsatz von Mörsern des Kalibers 120mm und 82mm sowie von 122mm-Artillerie. Fünf Zivilisten erlitten unterschiedlich schwere Verletzungen, es wurden 19 Wohnhäuser, vier Objekte der zivilen Infrastruktur sowie zwei Fahrzeuge beschädigt. Den Gipfel der Eskalation gab es am 28. August. An diesem Tag wurde fast die Hälfte der genannten Verstöße festgestellt – es wurden 77 Geschosse abgefeuert, darunter mit verbotenen Waffen, es wurden zwei Kinder, geb. 2013 und 2011, verletzt, es wurden 12 Wohnhäuser in Gorlowka und Kaschtanowoje beschädigt.

Die Vertreter der DVR im GZKK unternahmen etwa 20 vergebliche Versuche, den Koordinationsmechanismus zum Zweck einer Feueereinstellung einzusetzen, aber die ukrainische Seite im GZKK ignoriert diese Anfragen vom ersten Tag seiner Schaffung, was uns zwingt, in einzelnen Fällen die von den Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueereinstellung vorgesehenen erwidern Maßnahmen durchzuführen und das Feuer zur Unterdrückung der Feueraktivität des Gegners zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung der Republik zu erwidern.

Trotz der konkreten Untersetzung des Treffens mit inhaltlichen Vorschlägen der Republik, unter anderem einem neuen Kompromissentwurf eines Zusatzes zu den von der Kontaktgruppe am 22. Juli 2020 vereinbarten Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueereinstellung, der ein Schritt zur Regelung des Konflikts hätte sein können, nahm die ukrainische Seite wieder eine destruktive Position ein.

Der Vertreter des offiziellen Kiew erklärte praktisch zu Beginn des Treffens, dass er sich im Rahmen dieser Sitzung weigere, den von uns eingereichten neuen Entwurf eines Zusatzes zu den Maßnahmen zu erörtern, weil sich die Position der Ukraine nicht geändert habe, und er

schlug vor, die Eskalation zu erörtern, ohne dabei anzugeben, wie leere Erörterungen auf deren Senkung einwirken könnten.

Die Position der Verweigerung einer sachbezogenen Erörterung und einer unverzüglichen Annahme effektiver Maßnahmen zur Verhütung einer Verschärfung der Situation an der Kontaktlinie durch das offizielle Kiew unterstreicht, dass die Führung der Ukraine nicht an der Erreichung von Frieden interessiert ist, alles was sie braucht sind weitere Tranchen angeblich für die Verteidigung gegen einen erdachten Aggressor. Genau deswegen beobachten wir eine zielgerichtete, geplante und harte Eskalation, die große Zahlen bei der Militärhilfe an die Ukraine durch die USA zum Preis von Gesundheit und Leben friedlicher Menschen, darunter Kindern des Donbass, gewährleisten soll.

### de.rt.com: Litauen verweigert Minsk Rechtshilfe in Verfahren über Genozid im Zweiten Weltkrieg

Vilnius verweigert Minsk Rechtshilfe in einem Strafverfahren wegen Völkermordes im Großen Vaterländischen Krieg, das im Frühjahr 2021 eröffnet wurde. Dies berichtet der Pressedienst der weißrussischen Generalstaatsanwaltschaft.

Im April 2021 eröffnete die weißrussische Generalstaatsanwaltschaft ein Verfahren wegen des Völkermordes an der weißrussischen Bevölkerung während des Großen Vaterländischen Krieges. Hierzu hatte das offizielle Minsk im Juni dieses Jahres Rechtshilfe vom offiziellen Vilnius ersucht. Litauen lehnte dieses Ersuchen nun formell ab.

Eine offizielle Stellungnahme der weißrussischen Regierung zu dieser Weigerung macht auf die Verletzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen aufmerksam, die Vilnius hierdurch begehe:

"Litauens Generalstaatsanwaltschaft hat unter Missachtung ihrer selbst eingegangenen internationalen Verpflichtungen und unter unbegründeter Berufung auf Artikel 19 des Vertrags zwischen der Republik Weißrussland und der Republik Litauen über Rechtshilfe und Rechtsbeziehungen in Zivil-, Familien- und Strafsachen vom 20. Oktober 1992 mitgeteilt, dass sie die Annahme dieses Ersuchens verweigert."

Gegenüber der litauischen Seite hatte die weißrussische Regierung angegeben, Ziel der Ermittlung sei es, Informationen über Straffaktionen, die Zerstörung von Siedlungen und die gewaltsame Verschleppung von Zivilisten zur Zwangsarbeit zu sammeln. Es gehe um Verbrechen, die im Lauf des Großen Vaterländischen Krieges auf dem Staatsgebiet des heutigen Weißrusslands begangen wurden. Zudem wolle man die offiziellen Angaben über die Zahl der zivilen Todesopfer präzisieren. Minsk habe Vilnius hierzu an Folgendes erinnert: "In den Jahren 1941 bis 1944 waren an der gezielten Vernichtung der Bevölkerung der BSSR mit besonderer Grausamkeit Freiwillige der litauischen Kollaborationsgruppen beteiligt, die den Diensten des Deutschen Reiches unterstanden."

Die litauische Staatsanwaltschaft begründete ihre Verweigerung der Rechtshilfe damit, dass eine Erbringung ihrer Ansicht nach die Souveränität oder Sicherheit sowie die Rechte und legitimen Interessen der Bürger Litauens beeinträchtigen könnte.

Wer diese Bürger Litauens sein könnten, deren "legitime Interessen" die Juristen in Vilnius damit geschützt wissen wollen, zeigt ein von der weißrussischen Seite angeführtes Beispiel:

"Die weißrussische Seite beantragte insbesondere, die heute auf litauischem Hoheitsgebiet wohnhaften Mitglieder litauischer Vergeltungsbataillone zu befragen. Dazu gehört Voldemaras Hubertas Laimutis Adamkavičius (nach Änderung seiner Personalien Valdas Adamkus, ehemaliger Präsident der Republik Litauen), der Assistent des Minsker Schlächters (Antanas Ludviko Impulavičius-Impulenas)."

Somit ist nach Ansicht der weißrussischen Generalstaatsanwaltschaft klar: Vilnius "trägt faktisch dazu bei, Naziverbrecher vor der Justiz zu verstecken".

Das russische Ermittlungskomitee hatte sich im April 2021 bereit erklärt, die weißrussischen Kollegen bei ihren Ermittlungen zu unterstützen. Hierbei teile man eigene Erfahrungen bei

Ermittlungen in derartigen Sachen, leiste aber auch den jeweils möglichen technischen Beistand auf der Grundlage multi- und bilateraler völkerrechtlicher Dokumente, hieß es.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/612f85abb480cc61da0d7f59.jpg>